

2014 EFA MANIFEST

WAHLEN ZUM
EUROPÄISCHEN
PARLAMENT
22.-25. Mai 2014



European
Free
Alliance



European
Free
Alliance

EFA
your European
Political party
www.e-f-a.org



Höchste Zeit für die Selbstbestimmung aller Völker Europas

Dies ist das Parteiprogramm für die EU-Parlamentswahlen 2014 der Europäischen Freien Allianz.

Wir leben in geschlechtsschwangeren Zeiten. In ganz Europa wird der Ruf historischer Nationen, Regionen und Völker, die gegenwärtig der Gesetzgebung verschiedener Staaten unterliegen, nach entweder mehr Autonomie oder gar Unabhängigkeit und den Vorteilen, die mit einer Mitentscheidungsbefugnis einhergehen, immer lauter.

Schottland und Katalonien haben nun, dank der erfolgreichen Arbeit ihrer Pro-Unabhängigkeitsparteien und mehr noch der überwältigenden Unterstützung ihrer Bür-

ger, die Gelegenheit, über ihre Zukunft und ob sie freie, unabhängige Staaten werden wollen, zu entscheiden.

Im Mai sehen viele unserer EFA-Parteien den EU-Parlamentswahlen mit freudiger Erwartung entgegen.

Die Europäische Freie Allianz lässt sich am besten als ein breites Bündnis umschreiben, da sie Parteien verschiedener politischer Ströme in ganz Europa vereint, die jede ihre eigene Vorstellung davon hat, wie man die Chancen ihrer Bürger verbessern kann.

Unser Parteiprogramm spiegelt diese Viel-

falt sehr gut wieder und ist bemüht, unter Berücksichtigung unserer Verschiedenheiten, auf die übergreifenden Werte und Bestrebungen zu setzen, die uns gemeinsam sind. Daher konzentriert sich das Parteiprogramm auf diese gemeinsamen Werte unserer Mitgliedsparteien mit sieben allgemeinpolitischen Vorschlägen:

1. Recht auf Selbstbestimmung, Binnenerweiterung und EU Anerkennung dieses Vorgangs;
2. Verbesserung der Demokratie und Transparenz in der EU;
3. Bewältigung der Euro-Krise;
4. Erschließung nachhaltiger Energiequellen;
5. Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft und Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik;
6. Entwicklung nachhaltiger Fischerei und Aquakultur;
7. Sich den Herausforderungen an unsere Sprachen und Kulturen zu stellen und auf die sprachliche Gleichstellung hinarbeiten.

Es ist mir eine Ehre, in diesen denkwürdigen Zeiten Ihr EFA-Präsident für alle unsere Parteien zu sein. Ich empfehle Ihnen dieses EFA-Parteiprogramm wärmstens zu Beginn unserer Kampagnen für die 2014 Europawahlen und wünsche Ihnen allen Glück und viel Erfolg bei den Wahlen. Höchste Zeit für Selbstbestimmung für ein wahres Europa der Völker, höchste Zeit für die Verwirklichung dieses Anliegens.

Viel Erfolg,
Eric Defoort – Präsident der EFA

1 Interne Erweiterung

Offene Türen für neue Staaten alter Nationen: die EU muss sich verpflichten, neue Mitgliedstaaten anzuerkennen, die aus der Selbstbestimmung und aus demokratischen Prozessen innerhalb der aktuellen Mitgliedstaaten entstehen (sog. interne Erweiterung). In gleicher Weise muss die EU die Beibehaltung der EU-Bürgerschaft für Bürger dieser neuen Staaten gewährleisten. Demokratie ist ein Grundprinzip der EU: es wäre unvorstellbar, dass die EU den Beitritt neuer Staaten verweigert, die

ihre Eigenstaatlichkeit durch einwandfreie demokratische Verfahren erlangt haben.

Nationen auf substaatlicher Ebene und/oder Regionen mit eigener Gesetzgebung sollten bei der europäischen Beschlussfassung ihre eigene Rolle spielen dank der stärkeren Präsenz in einer „Versammlung der Regionen und Völker“, die den wirkungslosen Ausschuss der Regionen ersetzt.

2 Verbesserung der Qualität der Demokratie in den Europäischen Institutionen

Der Vertrag von Lissabon wurde nach langwierigen Verhandlungen geschlossen. Hoffnungen, dass er zu mehr Demokratie und Verantwortungsbewusstsein führen würde, bewahrheiteten sich nicht gänzlich. Nach der Erweiterung und der ärgsten finanziellen Krise, mit der der Euro konfrontiert wurde, muss sich die EU neue und ehrgeizige Ziele setzen, um eine Schlüsselrolle in der internationalen Arena zu übernehmen, eine führende Kraft in den Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaft, ein Vorbild für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt zu sein.

Die gesetzgeberische Funktion des Europäischen Parlaments sollte noch erweitert werden, um ihm somit echte Befugnisse für Gesetzesinitiativen und Änderungen der Verträge neben den zuständigen Parlamenten innerhalb der Mitgliedstaaten zu verleihen.

Es sollten sub-staatliche Wahlbezirke für Europawahlen in den Mitgliedstaaten

geschaffen werden, die dies noch nicht getan haben.

Die gesetzgeberische Funktion des Rates sollte transparenter werden. Alle Beratungen über Gesetzesakten und relevante Dokumente sollte für alle Europäer frei verfügbar sein, ebenso wie Dokumente des Europäischen Parlaments. Die Position jedes Mitgliedstaats sollte bekannt gegeben werden.

Der Präsident der Europäischen Kommission sollte demokratisch gewählt werden. In Mitgliedstaaten mit dezentraler Struktur sind alle Regierungen ihrer Gründungsnationen gehalten, sich an Auswahlverfahren von Kommissarkandidaten zu beteiligen.

Die internationale Berufung der EU als Akteur, der gestützt auf Werte wie Demokratie, Frieden, Solidarität und Achtung für Vielfalt handelt, sollte geklärt und gestärkt werden.

3 Bewältigung der Euro-Krise

Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass einige Regierungen in den letzten Jahrzehnten unverantwortlich Geld vergeudet haben, ohne das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. In erster Linie obliegt es den Mitgliedstaaten, die nötigen Schritte einzuleiten, aber wir müssen auch einen europäischen Rahmen schaffen, um die Wiederholung ähnlicher krisenanfälliger politischer Entscheidungen zukünftig zu vermeiden.

Die Mitgliedstaaten müssen die öffentlichen Finanzen und den breiteren sozioökonomischen Kontext sanieren durch: [1] Konsolidierung der Staatsfinanzen und Abbau der öffentlichen Verschuldung, [2] strukturelle Reformen und [3] auf ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum setzen. Mehr **Haushaltsdisziplin** ist ebenfalls notwendig wegen neuer Herausforderungen wie Bevölkerungsstatistiken, Arbeitsmarkt, Sozialversicherung und Renten.

Haushaltsdisziplin ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme in den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Solidarität kann nur zusammen mit mehr

Verantwortungsbewusstsein aller Regierungen erreicht werden.

Darüber hinaus fällt Europa eine Aufgabe zu. Solide Mechanismen auf EU-Ebene befähigen Entscheidungsträger, wieder Vertrauen in die [Finanz]märkte zu fassen. Die Maßnahmen zur **Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU** [Sechserpaket, Paket der zwei Verordnungen, Fiskalpakt] sollten praktisch angewendet werden. Die EFA glaubt, dass die Europäische Zentralbank [EZB] ihre Rolle voll wahrnehmen sollte.

Sparmaßnahmen sollten mit der Anlage in zukunftsorientierte Politiken und andere anregende Maßnahmen in den Ländern einhergehen, die am härtesten von der aktuellen Krise betroffen sind. Auf dieser vernünftigen Grundlage wird Europa eine auf europäische hohe Wertschöpfungsinvestitionen gestützte Wirtschaftserholungs-politik wieder einführen müssen.

Die EFA unterstützt die **Steuerharmonisierung** überall in den verschiedenen Mitgliedstaaten und Regionen, die die steuerliche Vielfalt und das Subsidiari-

täts-prinzip achten [d.h. der Steuersatz sollte von der betroffenen Nation innerhalb eines EU-weiten Rahmens entschieden werden, wie dies bereits für die Mehrwertsteuer der Fall ist]. Um die Effizienz und soziale Gerechtigkeit des aktuellen Steuerwesens zu verbessern, möchte die EFA die unseren Bürgern aufgebürdete Steuerlast ändern.

Das **EU-Budget muss besser verwaltet werden** [intelligente Haushaltskonsolidierung, bessere Ausgabenpolitik und Schwerpunkt auf Gebiete, in denen die EU einen Wertzuwachs bedeuten kann] und eine strengere Kontrolle aller EU-Agenturen zur Vermeidung von Überlappungen und doppeltem Aufwand sollte eingeführt werden.

Eine **Europäische Ratingagentur** sollte ins Leben gerufen werden, um auf transparente Weise Schuldzinsen und Risikoprämien zu kontrollieren. Die EFA begrüßt die jüngste EU-Gesetzgebung über Banker-Boni.

Die Europäische Kommission sollte ermächtigt werden, neben nationalen und regionalen Behörden wirksame Inst-

rumente zur **Bekämpfung von Betrug, Steuerparadiesen** und Steuerhinterziehung außerhalb der EU zu schaffen.

Der reformierte **Europäische Struktur- und Investitionsfonds** sollte auf Vordergrund gebracht werden, um:

- die Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen,
- öffentliche Investitionen in F&E&I zu fördern,
- Vermögensanlagen zu ermuntern,
- Energieeinsparungen zu steigern,
- die Ausbildung am Arbeitsplatz zu verbessern,
- soziale Ausgrenzung zu bekämpfen,
- territoriale Zusammenarbeit, einschließlich entstehender makroregionaler Strategien, zu fördern.

Die EFA verwirft die Einführung makro-ökonomischer Auflagengebundenheit in der Kohäsionspolitik. Eine [regionale] Regierung sollte nicht für die Fehler einer anderen Regierung bestraft werden. Die EFA erkennt die entscheidende Bedeutung der Rolle, die von kleinen und mittleren Unternehmen [KMU] gespielt wird, an. Die EU-Politik sollte die Wettbewerbsfähigkeit der KMU begünstigen.

Die aktuelle internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sehr negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation in der EU. In diesem Zusammenhang sollten wir uns weiterhin auf die Zielsetzung der EU konzentrieren, insgesamt eine Beschäftigungsquote von 75% im Jahre 2020 zu verwirklichen. Vorrangig sollten **die niedrigen Beschäftigungsquoten für Risikogruppen wie junge Leute, ältere Menschen und Personen mit Migrationshintergrund in Angriff genommen werden**. Da Jugendarbeitslosigkeit in der EU Rekordhöhe erreicht hat, ist es unerlässlich, dass die Politik auf allen Regierungsebenen unsere zukünftigen Generationen unterstützt, u. a. durch qualitativ hochstehende Bildung, Qualifizierung und Gültigkeitserklärung außerschulischer Bildung und die Entwicklung eines Gene-

rationsdialogs. In diesem Zusammenhang sollte der Verwirklichung des EU-Ziels, Schulabbrechquoten auf unter 10% im Jahre 2020 zu reduzieren, Vorrang gegeben werden.

Die EFA unterstützt nachdrücklich die "Jugend-Garantie" Regelung mit dem Ziel, allen jungen Menschen unter 25 ein Stellenangebot von guter Qualität, Fortbildung, Lehrstelle oder Praktikum innerhalb eines Zeitraums von 4 Monaten nachdem sie arbeitslos wurden oder nach Schulabschluss zu garantieren.

Importierte Waren sollten im Ursprungsland gemäß ökologischen und sozialen Normen eingestuft und entsprechend gekennzeichnet werden. Diese Maßnahme würde zur Verbreitung europäischer Normen in der Welt beitragen.

4 Europäische Energiepolitik

Die EFA hat sich zu **einer Energiestrategie verpflichtet, die rationelle Energienutzung voll ausschöpft, der Entwicklung erneuerbarer Energien Vorrang gibt, die europäischen Gas- und Strommärkte transparenter macht und für eine aktive Überwachung sorgt, um die Verbraucher hinreichend zu schützen**.

Die Energiedebatte sollte sich auf den Energiebedarf sowie Energieversorgung und -produktion konzentrieren. Der Energieverbrauch sollte durch rationellere und effizientere Energienutzung gedrosselt werden. Energieeffizienz sollte dabei Vorrang haben, da die billigste und grünste kWh die kWh ist, die nicht verbraucht wird und daher nicht erzeugt werden muss. Verbesserte Energieeffizienz bedeutet weniger Energieproduktionsanlagen sind notwendig, um den Energiebedarf zu decken. Folglich führt **Energieeinsparungen durch energieeffiziente Maßnahmen zu Geldeinsparungen und weniger Kohlenstoffemissionen**. Daher **glaubt die EFA, dass man sich mehr auf Energieeffizienzmaßnahmen konzentrieren sollte**, zum Wohle der Umwelt als auch des Verbrauchers. Die EFA unterstützt ein Energieeinsparungsziel.

Die EFA glaubt an **eine Vielfalt von Energiequellen**, um zu verhindern, von anderen Regionen oder Gebieten abhängig zu werden. **Dezentrale Erzeugung**, wobei Energie aus vielen kleinen Quellen erzeugt wird, ist ein gutes Modell für einige Regionen und Nationen und sollte ggf. gefördert werden. Das europäische Stromnetz sollte renoviert und zu einem **SuperSmart Grid** [SSG] umfunktioniert werden, das große Schwankungen in grüner Energieerzeugung verkraftet (Offshore Windkraft in der Nordsee, Solarenergie-Ring im Mittelmeer, Wasserkraft in Skandinavien) sowie mit dezentralisierter Energieerzeugung, z.B. Solarzellenplatten auf Privathäusern.

Wir glauben, dass europäische Mittel speziell für Investitionen in die Entwicklung erneuerbarer Energie und Energieeffizienz-Maßnahmen bereitgestellt werden sollten, bei Wahrung der Autonomie der Nationen und Regionen, über ihren Energiemix zu entscheiden und zu erkennen, dass man zur Sicherung bezahlbarer Energien eines realistischen Energiemix auf erneuerbare Energiequellen setzen muss, ohne bestimmte Energiequellen auszuschließen, solange es noch keine Alternativen gibt. Diese



Investition kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern schafft auch nachhaltige Arbeitsplätze und regt das Wirtschaftswachstum an. **Ein Langzeitplan muss her mit Investitionen in Fähigkeiten und Infrastrukturprojekte, ohne unrealistische Kosten zu verursachen, und der Europa zu einem Weltführer in diesem Bereich machen würde.**

Wir glauben, dass sich die EU jedes Jahr ein ehrgeiziges Emissionsreduktionsziel setzen sollte und eine Überholung unserer Energiepolitik ist dabei unerlässlich.

Die Entwicklung erneuerbarer Energien schafft Arbeitsplätze und kurbelt nicht nur die Wirtschaft an, sondern reduziert auch Kohlendioxid-Emissionen. Die Förderung der intensiven Nutzung erneuerbarer Energien sollte, neben Steigerung der Energieeffizienz, einer der Eckpfeiler der EU-Energiepolitik sein. Die Möglichkeiten von Mikrogeneratoren, Gezeitenlagunen, kleinformatigen Wasserkraftwerken, Turbinen auf dem Meeresboden und anderer nachhaltiger Stromerzeugungsanlagen sollte erforscht werden. Da viele europäische Nationen über weitläufige Küstengebiete verfügen, sollte

großer Wert auf Gezeitenenergie gesetzt werden, die auch eine Technologie ist, die sich in einem kommerziell fortgeschrittenen Stadium befindet.

Planungspolitik sollte regionalen Regierungen vorbehalten sein. Örtliche Behörden sollten an Planungsverfahren für Neubauten beteiligt werden, so dass **keine Gemeinde die unverhältnismäßige Last der Energieversorgung für eine größere Gemeinde zu tragen hat.** Erneuerbare Energieprojekte sollten der örtlichen Gemeinde voll zugute kommen, z.B. in Form von niedrigeren Energiepreisen.

Es sollten ehrgeizige Ziele für die erneuerbare Energieproduktion gesetzt werden. Eine Produktionssteigerung kann durch Vereinfachung der Bewilligungsverfahren und Planungsberatung, Förderung des sozialen Engagements und des Gemeinwohl erreicht werden. Die Finanzierung erneuerbarer Energien sollte mit anderen EU Finanzierungsinstrumenten koordiniert werden, insbesondere der Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, da Landwirte eine wichtige Rolle in der Bewirtschaftung der Ressourcen wie Land und Wasser spie-

len, und Strukturfonds zur Entwicklung der Wirtschaft unserer ärmsten Regionen.

Die Nutzung fossiler Brennstoffe sollte im Hinblick auf eine spätere Produktionseinstellung zugunsten nachhaltigerer Alternativen reduziert werden. Obwohl wir noch von ihrer Nutzung abhängen, sollten örtliche Versorger Importen vorgezogen werden. **Effiziente Emissionsnormen sollten bei allen neuen Kraftwerken angewendet werden.** Die EFA unterstützt Forschung auf dem Gebiet der CO₂-Abscheidungs- und Speichertechnologie, hält sich jedoch hinsichtlich der Durchführbarkeit der Technik zurück.

Die EFA ist besorgt über die Gewinnung von Kohleflözgas und Schiefergas durch hydraulisches Aufbrechen oder 'Fracking' wegen der nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere das Grundwasser.

Die EFA hat seit langem den **Kernenergie-Ausstieg auf europäischer Ebene** gefordert. Der Fukushima Vorfall war eine weitere Erinnerung an mögliche Gefahren, die von der Atomkraft ausgehen. Die EFA merkt an, dass Deutschland angekündigt

hat, dass seine Atomkraftwerke bis 2022 heruntergefahren werden. Die Schweiz hat sich verpflichtet, Atomkraft bis 2034 auszumustern und Italien stimmte gegen die Atomkraft in einem Referendum vom Jahre 2011. Obwohl der Anteil erneuerbarer Energien in Zukunft steigen wird, können einige Regionen Atomkraft noch nicht aus ihrem Energiemix ausschließen und müssen ihre Abhängigkeit von Atomkraft auf rationelle und realistische Weise verringern. Auf jeden Fall werden umfangreiche Investitionen in den Strommarkt notwendig sein, um Produktionsengpässe zu vermeiden.

Unabhängig davon wie Energie erzeugt wird, ist die Garantierung **strengster Sicherheitsmaßnahmen** in jedem Sektor, von der Erzeugung bis zur Abfallwirtschaft, unerlässlich. Es sollten auf EU-Ebene garantierte Mindestnormen eingeführt werden.

Die EFA möchte **Forschung und Entwicklung im Bereich der Energieerzeugung** als Ganzes fördern. Erneuerbare Energietechnologien sind nicht die einzigen Bereiche, die in Zukunft wichtig sind; wir müssen u. a. auch in Forschung in neue

energieeffiziente Technologien, Energiespeicherung und Atommüllendlager investieren.

In der Vergangenheit hat die EFA auf die mangelnde demokratische Kontrolle und Transparenz im Energiesektor hingewiesen. Die EFA sorgt sich über undemokratische Ölkartelle, Fossilenergie-Oligopole, Nuklearmonopole oder einen von multinationalen Unternehmen beherrschten Alternativennergiesektor. **Die Regierungen sollten kooperieren, um große Energiekonzerne zu ermuntern,**

ihre Gewinne in bessere Dienstleistungen oder Kostensenkungen für Verbraucher zu reinvestieren.

Während der EFA Generalversammlung von 2011 wurde ein Antrag über Energie-**Souveränität** angenommen. Er richtet sich an Oligopole und Monopole auf dem Energiemarkt. Die EFA glaubt, dass unsere Zielsetzungen zur Einführung einer politischen Kontrolle unserer Länder und Regionen sich in der Kontrolle unserer Energiequellen widerspiegeln sollte.

5 Landwirtschaft und GAP Reform

Eine **sichere, garantierte Nahrungsmittelversorgung** ist zum Wohlbefinden von Europas 500 Millionen Bürgern absolut lebensnotwendig. Darüber hinaus untermauert die **Lebensfähigkeit, der Wohlstand und die Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft** die Konjunkturaussichten von 12 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben und vielen anderen angegliederten Nahrungsketten- und landwirtschaftlichen Betrieben, spielt eine bedeutende Rolle in der Landschaftspflege, beim Schutz der Umwelt und empfindlicher Ökosysteme und macht einen wesentlichen Teil des sozialen und kulturellen Erbes europäischer Regionen aus. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Industrialisierung der Nahrungskette und ständiger Enthüllungen über Betrug bei der Etikettierung von Lebensmitteln und der Ausbreitung von Pflanzen- und Tierkrankheiten, ist das Plädoyer für eine **sichere, gesunde, saisonale und lokale Lebensmittelversorgung** relevanter als je, ebenso wie die Notwendigkeit einer wirksamen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Die Gründerparteien der Europäischen Freien Allianz spiegeln die erhebliche Vielfalt der abwechslungsreichen Agrar-

landschaften Europas wider. Die Probleme und Herausforderungen, mit denen sich ein Viehzüchter im schottischen Hochland auseinandersetzen muss, unterscheiden sich von denen griechischer Olivenhaine oder eines großen Ackerbaubetriebes in Deutschland. Verschiedene politische Strategien müssen daher gewählt werden, die den Bedürfnissen dieser verschiedenen Arten von Landwirtschaft und verschiedenen ländlichen Wirtschaftslagen angepasst sind. Eine „allgemeingültige“ GAP entspricht nicht dem Prinzip der Achtung der Vielfalt, die der EFA am Herzen liegt. Dennoch teilen EFA-Parteien ein paar einfache grundlegende Interessen in der Agrarpolitik und fordern, folgende Interessen in den Mittelpunkt der Debatten über die Zukunft der GAP zu rücken:

- **Beibehaltung der Betriebsprämienregelung mit einem angemessenen Budget:** Landwirte in EFA-Ländern und -Regionen sehen sich mit den wirtschaftlichen Herausforderungen eines volatilen Markts, hohen Betriebsmittelkosten, Grenzertragsböden und der Entfernung zu Märkten konfrontiert. Die Betriebsprämienregelung bietet das erforderliche Finanzpflaster für Bauernhofbudgets und

6 Fischerei und Aquakultur

sollte aus dem EU-Budget angemessen finanziert werden: dies schafft Chancengleichheit für Landwirte in den verschiedenen Gegenden Europas.

- **Stärkung und Unterstützung benachteiligter Gebiete:** Viele EFA Parteien, z.B. in Bayern und Galizien, befinden sich in weniger ertragreichen landwirtschaftlichen Gebieten, die mit erheblichen natürlichen Nachteilen zu kämpfen haben und als „benachteiligt“ eingestuft werden. Schwerpunkt II der GAP ist die Bereitstellung von Mitteln, die Landwirten helfen, diese Nachteile zu überwinden. Diese Finanzspritzen retten Bauernhöfe vor dem Bankrott und der Aufgabe von Ertragsflächen und halten die Lebensmittelerzeugung aufrecht.
- **Die Dezentralisierung der GAP Beschlussfassung:** Unter GAP-Regeln sind die Mitgliedstaaten ermächtigt, Entscheidungen über die Durchführung von GAP-Plänen auf ihrem Boden zu treffen, z.B. wie viele Mittel von Schwerpunkt I nach Schwerpunkt II zu übertragen sind, oder die Anwendung der „Kleinerzeugerregelung“. Diese Entscheidungen sollten von Entscheidungsträgern auf so lokaler

Ebene wie möglich getroffen werden, besonders in Mitgliedstaaten, in denen die Landwirtschaft auf niedrigere Regierungsebenen dezentralisiert wurde, so dass EFA-Länder und -regionen die Durchführung der GAP ihren eigenen Bedürfnissen anpassen können.

- **Ökologisierung:** Die EFA-Parteien werden mit mannigfaltigen ökologischen und Umweltherausforderungen in ihren Gebieten konfrontiert: während Überschwemmungen ein wesentliches Problem für die Umwelt in Nordeuropa darstellen, wird die Mittelmeerregion regelmäßig von Dürre heimgesucht. Der Vorschlag der Kommission, die GAP durch drei verbindliche und Standardmaßnahmen zu „ökologisieren“ wurde kritisiert, da sie nicht der Wirklichkeit des unterschiedlichen Terrains entsprechen. Die EFA fordert einen flexibleren regionalen Ansatz der Ökologisierung, der es unseren Ländern und Regionen ermöglicht, bestimmte Probleme, mit denen sie konfrontiert werden, anzupacken und dabei übergreifende gleichwertige Umweltaktionen in ganz Europa sicherstellt, einschließlich der Wahrung der Artenvielfalt.

Das Gründungsprinzip der EFA, die Vielfalt in ganz Europa zu achten, umfasst viele Aspekte der Kultur unserer Bürger – seien es sprachliche Rechte, nationale Einrichtungen oder das Kulturerbe.

Und in Europas Küstenregionen sind vom Meer abhängige Existenzen ein wesentlicher Bestandteil des Erbes und der Traditionen eines jeden Gebiets. Generationen von Fischern stachen in See, um in den umgebenden Gewässern Fisch zu fangen, und diese Fänge schafften viele Arbeitsplätze auf dem Festland. Auch Aquakultur spielt zunehmend eine wichtige Rolle bei der Deckung des europäischen Lebensmittelbedarfs – und in der Versorgung zumeist schwacher Wirtschaften.

Europas Küstentraditionen weisen dieselbe Vielfalt auf wie andere Bereiche unserer abwechslungsreichen Kulturen. Die Probleme, mit denen Fischer in Orkney oder Shetland zu kämpfen haben, unterscheiden sich enorm von denen in Korsika oder Sardinien. Zugleich weist die Entwicklung der Aquakultur enorme Unterschiede in den verschiedenen Meeren und Klimazonen auf.

Was diese Interessen trotzdem zusam-

men schweißt, ist die starke Bindung zwischen Küstengemeinden und ihrer Abhängigkeit von der See: jede Fischerstadt oder jedes Fischerdorf spielt eine historische und traditionelle maritime Rolle, die es verdient, geschützt zu werden.

Dieser Schutz wurde in der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU in ihrem dreißigjährigen Bestehen bisher nicht erwähnt. Ein extrem zentralisierter, allgemeingültiger Ansatz hat die Bedürfnisse einzelner Gebiete vernachlässigt, hat die Erhaltung der Fischbestände versäumt, führte zu einem Rückgang in der Fischwirtschaft – und bedrohte daher kulturelle Traditionen an Europas Küsten.

Die EFA glaubt, dass diese Traditionen und historischen Rechte verdienen, geschützt zu werden und befürwortet daher folgende

Stichpunkte in der Fischereipolitik:

- **Die verschiedenen Fischwirtschaften Europas sind ein wesentlicher Teil unseres gemeinsamen Kulturerbes – und die Rechte und Interessen aller Küstengemeinden müssen geschützt werden.**
- **Entscheidungsfindung im Fischerei-**

management muss dezentralisiert und die wirkliche Macht den Fischereinationen und -regionen überlassen werden. Probleme löst man am ehesten durch Entscheidungen auf jeder geeigneten Fischereiebene mit Ermunterung zur regionalen Kooperation bei offensichtlichem gemeinsamem Interesse.

- „Die an Land befindliche, weiterverarbeitende Industrie soll geschützt werden, ebenso wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich.“.
- Nachhaltige Fischerei und Aquakultur sollten sich in angemessener Weise in jeder Region entwickeln können.

7 Herausforderungen für Kulturen und Sprachen

Die Achtung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt ist ein wesentliches Element der Erhaltung und Bereicherung des europäischen Kulturerbes.

Die EFA erachtet, dass **alle europäischen Sprachen in schriftlicher und mündlicher Form den gleichen Wert und die gleiche Würde besitzen** und fester Bestandteil der europäischen Kultur und Zivilisation sind, die zur Bereicherung der Menschheit beitragen. Die EU sollte die Politik der betroffenen Gemeinden, sich ihre Sprachen wieder zu Eigen zu machen, unterstützen.

Die EFA vergleicht europäische Sprachen und Kulturen mit Artenvielfalt, einem lebenden Erbe, das für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft erforderlich ist; sie sind vor jeder Bedrohung des Aussterbens zu schützen.

Wir müssen verhindern, dass unsere Landessprachen auf die untergeordnete Rolle „niederer“ einheimischer Sprachen für den Alltag reduziert werden, während Englisch, gefördert von wirtschaftlicher Globalisierung, zur „hohen“ einheitlichen

Sprache für wichtige Diskussionen, Erziehung, Wissenschaft, Wirtschaftslebens usw. wird. Da ihre Verbreitung weltweit zumeist wirtschaftlich (im Gegensatz zu politisch oder kulturell) gesteuert ist, kann die verbindende englische Sprache nicht zur Identifizierung Europas herangezogen werden, während unsere Landessprachen zum örtlichen Dialekt verkommen und ihre europäische Dimension verlieren. Die Politik der EU muss dazu beitragen, diesen negativen Trend umzukehren.

Die EFA meint, dass sprachliche Vielfalt Kreativität, Innovation und Förderung des lokalen Kulturerbes anregt und so zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Kulturelles und künstlerisches Schaffen, Kulturerbe, Gastronomie, Kunst und Handwerk haben **Arbeitsplatzbeschaffungspotenzial**, tragen zur Identitätspflege bei, können nicht den Standort ändern und sind auch Grundelemente des nachhaltigen Fremdenverkehrs. Die Sprachenbranche, d.h. das Entwerfen, Erzeugen und der Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen in Zusammenhang mit Sprachen hat ungeahnte Möglichkeiten.

Die EFA meint, dass die EU den Erhalt des sprachlichen und kulturellen Erbes von Europa garantieren sollte, insbesondere aller Sprachen, und sollte daher unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zur Förderung und Entwicklung dieses unschätzbaren Kulturerbes beitragen.

Zweite Amtssprachen müssen auf EU-Ebene anerkannt werden.

Obwohl das Budget, das europäischen regionalen oder Minderheitssprachen zugewiesen wurde, stark gekürzt wurde,

glaubt die EFA, dass die neuen Kommissionsprogramme für 2014-2020 „Erasmus für Alle“, „Kreatives Europa“ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ nichtstaatliche Organisationen und andere Organisationen, Initiativen und Aktivitäten, die hart daran arbeiten, gefährdete Sprachen zu entwickeln und zu fördern, unterstützen sollte. Eines der wichtigsten Themen für die EFA ist **die Änderung der Auswahlkriterien für Gemeinschafts-sprachprogramme, so dass alle Sprachgruppen diese Fördermittel beantragen können.**

Was ist EFA?

Die **Europäische Freie Allianz (EFA)** fördert das Recht auf **Selbstbestimmung** und unterstützt die Erwartungen, die die EFA Mitgliedsparteien in ihre Länder setzen, einschließlich **Unabhängigkeit, größerer Autonomie sowie sprachlicher und kultureller Anerkennung.**

Die EFA vereint politische Parteien, die nach mehr Autonomie für unsere **staatenlosen Nationen** streben.

Die EFA arbeitet auf eine europäische Einheit in der Vielfalt hin, die Schaffung einer Europäischen Union freier Völker, die auf dem **Prinzip der Subsidiarität** aufbaut, solidarisch miteinander und mit anderen Völkern der Welt. Die EFA fördert eine europäische Zusammenarbeit gestützt auf die **Vielfalt der Nationen, Regionen, Völker, Kulturen und Sprachen.**

Die EFA fördert den **internen Erweiterungsprozess** innerhalb der europäischen Institutionen und anderswo als Mechanismus, die es Nationen, die den Status eines Staates erlangen, erlaubt, ein EU-Mitgliedstaat zu bleiben.

Die EFA unterstützt tatkräftig die andauernden demokratischen Selbstbestim-

mungsprozesse überall in der EU. Die EFA führt an, dass **staatenlose Nationen** ein Anrecht auf **Autonomie** und Teilnahme am Geschehen in der Welt und in der Europäischen Union gleichberechtigt mit anderen Nationalitäten haben, von denen einige selbständige Staaten sind, andere nicht.

Die EFA lehnt die beiden extremen Lösungen ab, die in der aktuellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union sozusagen als Ausweg aus der Krise präsentiert werden: das zentralisierte und einheitliche Modell oder der Rückzug zurück zum Nationalstaat.

Die EFA befürwortet den Ansatz von unten nach oben einer Europäischen Union freier Völker, gestützt auf das **Subsidiaritätsprinzip**, die ggf. in Politikbereichen zusammenarbeiten, bei denen ein europäischer Mehrwert ein besseres politisches Ergebnis verheißt.

Die EFA teilt die demokratischen Werte, die eine EU-Mitgliedschaft untermauern: Menschenrechte, Achtung der Demokratie und ihre Grundfesten, Gleichstellung der Geschlechter, Ablehnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie stellt eine Vision von Europa dar, das eine gerechtere und demokratischere Welt unterstützt, die sich auch mit Völkern solidarisch erklärt, die für Selbstbestimmung kämpfen.

What is EFA?



The European Free Alliance (EFA) promotes the right to **self-determination** and supports the aspirations which EFA member parties have for their countries, including **independence**, greater **autonomy** and **linguistic and cultural recognition**.

EFA assembles political parties involved in the quest for enhanced self-government for our **stateless nations**.

EFA aims for European unity in diversity, creating a European Union of free Peoples based on the **principle of subsidiarity**, in **solidarity** with each other and other peoples of the world. EFA promotes a European cooperation based on the **diversity of nations, regions, peoples, cultures and languages**.

EFA promotes the process of **internal enlargement** within the European institutions and elsewhere as the mechanism by which nations who gain the statute of a State remain as an EU member state.

EFA does actively support the ongoing democratic self-determination processes across the EU.

EFA argues that stateless nations have the right of **self-government** and of participation in the world and in the European Union on equal terms with other nationalities, some of which are the possessors of statehood, others not.

EFA rejects the two extreme solutions that are presented in the current debate on the future of the European Union paving a way out of the crisis: the centralised and unitarian model or the retreat into the nation state.

EFA advocates the bottom-up approach of a European Union of free peoples based on the **principle of subsidiarity** who co-operate where necessary in the policy areas where a European added value offers a better policy outcome.

EFA shares the democratic values that underpin membership in the European Union: human rights, respect for democracy and its foundations, gender equality, rejection of racism and xenophobia. It represents a vision of Europe that promotes a more just and more democratic world, including by building solidarity with the peoples struggling for self-determination.

www.e-f-a.org

<http://vimeo.com/europeanfreealliance/what-is-efa>

<http://vimeo.com/europeanfreealliance/self-determination>



EFA stands for another Europe

Member Parties

FULL MEMBERS

Alands Framtid | Autonomie - Liberté
- Participation - Écologie (ALPE) |
Bayernpartei | Bloque Nacionalista
Galego (BNG) | Chunta Aragonesista
[Cha] | Die Friesen | Eusko Alkartasuna
[EA] | Enotna Lista [EL] | Esquerra
Republicana de Catalunya [ERC] |
Fryske Nasjonale Partij [FNP] | Lista
Za Rijeku | Liga Veneta Repubblica
[LVR] | Magyar Kereszténydemokrata
Szövetség | Mebyon Kernow [MK] |
Moravané | Mouvement Région Savoie
[MRS] | Nieuw-Vlaamse Alliantie [N-VA]
| Omo Ilinden Pirin [Omo] | Partido
Andalucista [PA] | Partit Occitan [PÒc] |
Plaid Cymru | Partitu di a Nazione Corsa
[PNC] | Partito Sardo d'Azione [PSd'Az] |
Federació PSM-Entesa Nacionlista [PSM-
Entesa] | Rainbow | Ruch Autonomii
Slaska [RAS] | Slovenska Skupnost
[SSK] | Scottish National Party [SNP]
| Südschleswigschen Wählerverbands
[SSW] | Schleswig Partei [SP] | Süd-
Tiroler Freiheit | Union Démocratique
Bretonne [UDB] | Unitat Catalana [UC] |
Unser Land

OBSERVER MEMBERS

Aralar | Bloc Nacionalista Valencia
[BLOC] | For Human Rights in United
Latvia [FHRUL / PCTVL] | Lausitzer
Allianz [LA] | Nueva Canarias [NC]



European
Free
Alliance

European Free Alliance - EFA
Boomkwekerijstraat 1
1000 Brussels, Flanders-Belgium

Tel 0032 [0] 2 513.34.76
0032 [0] 2 513.48.51
Fax 0032 [0] 2 513.34.25
info@e-f-a.org
www.e-f-a.org



*For a
Europe of
the Peoples*